

Tadschikistan: Schnittpunkt des 'neuen großen Spiels' in Zentralasien

Manowc'arean, Asot L.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Manowc'arean, A. L. (1998). *Tadschikistan: Schnittpunkt des 'neuen großen Spiels' in Zentralasien*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 47/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47737>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Tadschikistan: Schnittpunkt des "neuen großen Spiels" in Zentralasien

Zusammenfassung

Der Versöhnungsprozeß in Tadschikistan kommt nur langsam voran: Die Rückkehr der bewaffneten islamischen Opposition führte nicht zu der erhofften Befriedung des Landes. Vielmehr fördert ein Klima gegenseitigen Mißtrauens die angespannte innenpolitische Lage, da die Opposition nicht bereit ist, sich von ihrem Ziel – der Bildung eines islamischen "Gottesstaates" – zu verabschieden. Hinzu kommt, daß Clanführer und regionale "Kommandeure" nach dem Friedensabkommen keine der erstrebten Regierungsämter erhalten haben und jetzt alles unternehmen, um die Stabilisierung Tadschikistans zu torpedieren. Neben die innenpolitisch motivierten Unruheherde treten äußere Faktoren: So versucht der aus Usbekistan operierende Oberst Chudoberdijew stets aufs neue, Tadschikistan nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Des weiteren sind die Führer der organisierten Kriminalität, insbesondere die Vertreter der Drogenmafia, an einer fortgesetzten Destabilisierung des Landes interessiert. In Anbetracht dieser übermächtigen "Kriegskoalition" vermag selbst die massive russische Militärpräsenz einen erneuten Ausbruch der Kämpfe nicht zu verhindern. Weltpolitische Bedeutung erhält das krisengeschüttelte Tadschikistan aufgrund seiner ungewollten Rolle als Zankapfel zwischen den unterschiedlichen regionalpolitischen Zielen der USA und Rußlands. Man muß zudem befürchten, daß die militärischen Erfolge der Taliban in Afghanistan zu einem verstärkten Export des islamischen Fundamentalismus nach Tadschikistan führen werden.

Die innenpolitische Entwicklung in Tadschikistan

Said Abdullo Nuri, der Führer der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO), übernahm nach seiner Rückkehr aus dem Teheraner Exil den Vorsitz im nationalen Versöhnungskomitee und trägt seitdem dazu bei, daß die Vereinbarungen, die die Opposition mit der Regierung am 27. Juni 1997 in Moskau geschlossen hat, realisiert werden. Nach diesem Abkommen verpflichtete sich die Regierung unter Präsident Emomali Rachmonow, der Opposition 30% der Regierungssitze einzuräumen und Parlamentswahlen abzuhalten.¹ Von den 14 Ministerien, die die VTO für sich beansprucht, konnte sie bereits elf übernehmen, darunter das Amt des Vizepremierministers. Diesen Posten erhielt der zweite Führer der VTO, der Geistliche Hodscha Akbar Turadschonsoda. Gleichwohl schwelt der Konflikt mit dem Präsidenten weiter, da die Islamisten darauf bestehen, von den Schlüsselministerien

¹ Obščee soglašenje o mire i nacional'nom soglasii v Tadžikistane, Moskau, 27.6.1997.

entweder das Verteidigungs-, das Innen- oder das Ministerium für Nationale Sicherheit zu bekommen. Während die Regierung diesen Plänen ihre Zustimmung verweigert, kritisiert die islamistische Opposition den Präsidenten auf internationaler Ebene. Da die Islamisten ihre militärischen Verbände – bis auf eine einzige Einheit – nicht in die Regierungstruppen integriert haben,² bleibt die Zurückhaltung und Vorsicht Präsident Rachmonows verständlich, zumal er weiß, daß sich starke Truppenteile der Islamisten in die Berge zurückgezogen haben, weil sie den in Moskau ausgehandelten Kompromiß nicht akzeptieren wollen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine vollständige Eingliederung der islamistischen Verbände in das Verteidigungsministerium gegenwärtig nicht durchführbar. Diese Entwicklung wird im Regierungslager um Präsident Rachmonow argwöhnisch verfolgt, denn nur aufgrund der Moskauer Vereinbarung hatten die Führer der Opposition aus Teheran und ihre bewaffneten Verbände aus Afghanistan heimkehren können: Unter der gemeinsamen Kontrolle der UNO, der "Kollektiven friedentiftenden Truppen" der GUS und des tadschikischen Verteidigungsministeriums kamen die Mudschahedin mit Luftabwehrraketensystemen und Granatwerfern nach Tadschikistan zurück. Obwohl unter dem Kommando der VTO lediglich 3.500 bis 4.000 Kämpfer stehen, fühlt sie sich militärisch so stark, daß sie glaubt, zu der Regierung auf Konfrontationskurs gehen zu können.³

Finanzielle Unterstützung bei ihrer Politik der Zwangsislamisierung erfährt die VTO von einigen internationalen islamischen Stiftungen, aber auch von Pakistan und Saudi-Arabien. Obwohl VTO-Führer Nuri Lippenbekenntnisse zugunsten eines "demokratischen Staatswesens" abgibt, fordert sein Stellvertreter Turadschonsoda die Änderung des Artikels 100 der tadschikischen Verfassung, eine Änderung, ohne die laut VTO keine Wahlen abgehalten werden könnten.⁴ Danach soll sich Tadschikistan von einem säkularen in einen "Volksstaat" verwandeln, in ein Gemeinwesen also, in dem die Trennung von Staat und Religion beseitigt wäre. Ohne diese Verfassungsänderung könnten die VTO-Sympathisanten keine neuen islamistischen Parteien gründen und an den geplanten Parlamentswahlen teilnehmen. Besonders vorangetrieben wird die Registrierung der "Partei der islamischen Wiedergeburt" ("Islamskaja partija vosroschdenija"), die aufgrund des Gesetzes "Über politische Parteien" verboten ist.⁵

Der Faktor UNO: Internationaler Druck lastet auf Rachmonow

Neben den Islamisten verschärft vor allem der UNO-Sicherheitsrat in der Frage der Zulassung islamistischer Parteien seinen Druck auf Präsident Rachmonow.⁶ Das Staatsoberhaupt erklärte, "für die nationale Versöhnung und die Bewahrung des Friedens" habe er sein Vetorecht benutzt und das bereits verabschiedete Gesetz "Über politische Parteien" zur erneuten Beratung zurück ins Madschliis-i Oli [Parlament] gegeben.⁷ Westliche Diplomaten bemühen sich jedoch nicht nur, Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verfassung Tadschikistans zu nehmen. Sie wünschen zudem, daß die tadschikische Regierung um die Stationierung von UNO-Truppen nachsucht.⁸ Bislang hat sich Duschanbe diesem Anliegen mit dem Hinweis widersetzt, die Militärpräsenz der GUS unter russischer Führung genüge vollauf, um den Frieden zu garantieren. Im übrigen könne sich die UNO mittels der im Land bereits befindlichen UNO-Militärbeobachter ein umfassendes Bild von der Lage

² Demgegenüber erklärte Nuri, daß fast 80% der VTO-Truppen bereits vereidigt und in die Regierungstruppen integriert worden seien. Von daher könnten jetzt endlich auch die verbotenen politischen Parteien, insbesondere die "Partei der islamischen Wiedergeburt", ihre politische Arbeit wieder aufnehmen, in: *Vostočnyj ekspress*, Duschanbe, 21.8.1998.

³ Militärexperten vor Ort sind davon überzeugt, daß die VTO die Hauptstadt angreifen und für einige Tage unter ihre Kontrolle bekommen könnte. In den drei von den Islamisten militärisch kontrollierten Bezirken Tadschikistans wird heute bereits nach den Gesetzen der Scharia bestraft. Ein Mitarbeiter von Turadschonsoda empfiehlt, die angeblich von der Opposition kontrollierten Bezirke nicht ohne eine schwer bewaffnete Eskorte zu besuchen, da es dort viele Banditen gebe, die auch der VTO nicht gehorchen würden.

⁴ So Turadschonsoda in: *Nezavisimaja gazeta*, Moskau, 17.4.1998.

⁵ Das Gesetz wurde erst am 23. Mai 1998 verabschiedet.

⁶ *Russkaja mysl'*, Paris, Nr. 4225, 4.-10.6.1998, S. 5.

⁷ Präsident E. Rachmonow in einem Interview mit dem Verfasser am 22.8.1998.

⁸ Bei den letzten Verhandlungen vor der Unterzeichnung des Friedensabkommens forderte die VTO in Moskau die Entsendung von 1.000 UNO-Soldaten nach Tadschikistan, in: *Nezavisimaja gazeta*, 29.5.1997.

machen. Um die UNO aus Tadschikistan zu vertreiben und Präsident Rachmonow international zu diskreditieren, ließ im Juli d.J. eine der VTO zuzurechnende Splittergruppe unter Mullo Abdullo zwei UNO-Militärbeobachter und zwei UNO-Mitarbeiter auf offener Straße hinrichten.

Rachmonows Regierung bleibt in diesem Propagandakrieg gegen die Opposition chancenlos: Bereits im November 1994 wurde seine mit nicht-demokratischen Mitteln herbeigeführte Wahl zum Präsidenten heftig von der OSZE kritisiert, während der von Moskau und Taschkent ebenfalls unterstützte Mitbewerber um das höchste Amt im Staat, der ehemalige Ministerpräsident Abdumalik Abdulodschanow, gnädiger beurteilt wurde. Nachdem sich Rachmonow im Präsidentenamt hatte halten können, ertönen nunmehr Vorwürfe gegen das "altkommunistische Regime" in Duschanbe, das die vermeintlichen "Islamodemokraten" unentwegt bei ihrer Arbeit behindere. Diese Botschaft vermochte jedoch schon allein deshalb nicht zu überzeugen, weil parallel alle anderen zentralasiatischen Präsidenten mit Staatsbesuchen geehrt wurden. Demgegenüber sah sich Rachmonow mit weiteren Hetzkampagnen konfrontiert: Westliche "Politologen" hefteten der Opposition, insbesondere der "Partei der islamischen Wiedergeburt", das Etikett "demokratisch" an, ohne zu berücksichtigen, daß ein Clan aus dem Bezirk Karategin diese Partei beherrscht und es sich bei den Akteuren vornehmlich um Mullahs handelt. Eine Analyse der Veröffentlichungen und Programmaussagen der "Partei der islamischen Wiedergeburt" hätte leicht zeigen können, daß ihre Anhänger für die Gründung eines Gottesstaats kämpfen und das Emirat Buchara, in dem die Scharia Anwendung finden soll, wiederherstellen wollen.⁹ Aber auch die Biographien einzelner Führungspersönlichkeiten der Opposition lassen vermuten, daß es sich bei ihnen nur um "Schein-Demokraten" handelt.¹⁰ Gleichwohl vermochten sich die Islamisten – mit Hilfe ihrer ausländischen Verbündeten – mit der Gloriette von Kämpfern gegen das kommunistisch-atheistische Regime in Duschanbe zu schmücken. Lüftet man den propagandistischen Nebel, wird die tiefere Ursache für die internationale Isolierung Rachmonows offenkundig: Sie liegt in seiner eindeutig prorussischen Orientierung begründet, die in der russischen Militärpräsenz offen zutage tritt.

Um dem Vorwurf des Atheismus zu begegnen und um in der Islamischen Welt anerkannt zu werden, unternahm Rachmonow 1997 eine Pilgerreise nach Mekka. Inzwischen kann man in Tadschikistan in 400 großen und 5.000 kleinen Moscheen beten.¹¹ Unterdessen wiegeln die Geistlichen in Duschanbe ab: Sie zeigen sich davon überzeugt, daß es in Tadschikistan keine islamischen Extremisten gibt. Das sei genauso eine Erfindung wie die Gerüchte von einem bevorstehenden Angriff der Taliban auf Tadschikistan und Zentralasien.¹² Richtig sei hingegen, daß in der Region ein Machtkampf zwischen den USA und Rußland stattfinde. Moskau zeichne bewußt ein Horrorgemälde von den Taliban, um seine Armee in Tadschikistan behalten und die russischen Interessen gegen die amerikanischen durchsetzen zu können.

Der Faktor Afghanistan

Der afghanische Vizepräsident und Verteidigungsminister, Ahmed Schah Massud, ist zu einem wichtigen innenpolitischen Faktor in Tadschikistan geworden. Er will von Afghanistan aus den Konflikt in Tadschikistan beendet sehen. Zunächst hatte General Massud von 1992 bis Ende 1996 die tadschikischen Islamisten unterstützt. Nachdem jedoch die Taliban-Milizen die afghanische Hauptstadt Kabul im September 1996 erobert hatten, suchte Massud nach neuen Verbündeten, die er inzwischen in Duschanbe und in Moskau gefunden hat. Daraufhin sahen sich Abdullo Nuri und

⁹ V.I. Buškov/D.V. Mikul'skij: *Anatomija graždanskoj vojny v Tadžikistane* (Die Anatomie des Bürgerkrieges in Tadschikistan), Moskau 1996, S. 136ff.

¹⁰ Z.B. die Biographie von Turadschonsoda: Während des Kalten Krieges, als in der Sowjetunion Islamisierungstendenzen mit aller Härte unterdrückt wurden, durfte er mit ausdrücklicher Genehmigung Moskaus in Amman Islamwissenschaften studieren. Nach seiner Rückkehr übernahm er sogleich die religiöse Führung der Tadschikischen Sowjetrepublik.

¹¹ Die regierungskritischen Geistlichen in Tadschikistan bestätigen, daß die Behörden die Bevölkerung nicht daran hindern, zum Gebet in die Moschee zu kommen.

¹² Einige russische Autoren teilen diese Meinung. *Ugroza s juga: u stracha glaza veliki* (Die Bedrohung aus dem Süden: Die Angst hat große Augen), in: *Novye izvestija*, Moskau, 13.8.1998. Die in Duschanbe erscheinende Zeitung *Vostočnyj ekspress*, 21.8.1998, bezweifelt, daß die Taliban Tadschikistan angreifen würden.

Turadschonsoda nach neuen Helfern in Pakistan, in Saudi-Arabien und in den USA um. Ihren Wohnsitz nahmen sie unterdessen in Teheran. Der afghanische Präsident Rabbani und Ahmed Schah Massud, beide tadschikischer Herkunft, zwangen – zusammen mit Rußland und dem Iran – die VTO zurück an den Verhandlungstisch. Denn diesen drei Parteien schien eine weitere Destabilisierung Tadschikistans in Anbetracht der militärischen Erfolge der Taliban nicht hinnehmbar.

1996 begrüßte die VTO die Eroberung Kabuls durch die Taliban. Als Mullahs, Geschäftsleute oder als Experten für Entwicklungshilfe reisen die Kontaktleute der Taliban über Pakistan sowie andere islamische und europäische Länder nach Tadschikistan. Neben dem politischen Austausch wird mit diesen Aktivitäten ein Primärziel verfolgt: Die Sicherung ihrer finanziellen Operationsbasis mit Hilfe von Opium und Heroin. Die politische Klasse in Duschambe bewahrt noch Ruhe. Sie ist davon überzeugt, daß die Taliban zur Zeit nicht in der Lage sind, Tadschikistan anzugreifen – als Rückversicherung dient ihnen die Militärpräsenz Rußlands. Gleichwohl verfolgt man die starke "ideologische Expansion" der Islamisten. Bei einem Abzug der russischen Truppen wird mit einem erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges gerechnet, wobei es als wahrscheinlich gelten kann, daß die Taliban zur Unterstützung der tadschikischen Islamisten in die Kämpfe eingreifen werden. Der Angst vor dem islamistischen Terror begegnet man in Tadschikistan auf Schritt und Tritt: Selbst in den regierungstreuen Zeitungen erscheinen die Artikel, die Kritik am islamischen Fundamentalismus, an der Einführung eines Gottesstaates oder an den Taliban üben, nur unter einem Pseudonym.¹³

Rußlands "ausgewogene Haltung"

Nachdem die Taliban im August d.J. die strategisch wichtige nordafghanische Stadt Masar-i Scharif erobert hatten, entsandte Präsident Jelzin eine hochrangige Militärdelegation nach Duschambe.¹⁴ Zusammen mit der russischen Militärführung vereinbarte die tadschikische Regierung einen Verteidigungsplan. Nachdem auch das russische Außenministerium die Erfolge der Taliban als "direkte Bedrohung der Südflanke der GUS" bewertet hatte, erklärte es sich bereit, gemeinsam mit Indien und dem Iran Druck auf Pakistan auszuüben. Moskau ist nicht ohne Grund alarmiert: Denn die Abgesandten der Taliban kann man längst in Dagestan, Inguschetien, Tatarstan und in Baschkortostan antreffen.¹⁵ Außerdem beabsichtigt Rußland, die Islamische Konferenz-Organisation einzuschalten und in der UNO einen Kreis "der Freunde Afghanistans" zu gründen. Aber auch den "Falken" der tadschikischen Opposition drohte Moskau für den Fall mit harten Sanktionen, daß sie versucht seien, die Erfolge der Taliban zu benutzen, um in Tadschikistan einen Aufstand zu organisieren: In einem solchen Fall stünden Rußland "genügend Kräfte zur Verfügung".¹⁶ Gleichzeitig plädierte Präsident Rachmonow im Rahmen der UNO für die Aufnahme von Verhandlungen nach der Formel "Sechs plus zwei", d.h. die Nachbarstaaten Afghanistans plus Rußland und die USA,¹⁷ wobei sich Moskau als einzige Garantmacht für die Bewahrung des Friedens in Tadschikistan sieht.¹⁸ Inzwischen akzeptiert auch die Opposition die russische Militärpräsenz, da sie auch die Sicherheit der VTO gewährleistet. Außerdem verzichtete Rußland darauf, die Opposition vollständig zu entwerfen. Schließlich sehen

¹³ Z.B. Taliban: poslednij brodok na sever (Taliban: Der letzte Sprung nach Norden), in: Večernij Dušanbe, 14.8.1998.

¹⁴ Vor Ort überprüften der Chef des russischen Generalstabs, Generaloberst Anatolij Kwaschnin, und der Direktor der Föderalen Grenzschutztruppen, Generaloberst Nikolaj Bordjusch, die Einsatzbereitschaft der an der tadschikisch-afghanischen Grenze stationierten russischen Verbände.

¹⁵ Interfax, 21.8.1998. Čečnja budet družiti's talibami (Tschetschenien wird sich mit den Taliban anfreunden), in: Kommersant-daily, Moskau, 21.8.1998. Der damalige tschetschenische Außenminister, Mowladi Udugow, kündigte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Grosnyj und Kabul an, in: RIA Novosti, 20.8.1998.

¹⁶ So der stellvertretende Außenminister, Boris Pastuchow, bei einer russisch-tadschikischen Tagung in Duschambe am 20.8.1998.

¹⁷ Interview mit dem Autor am 22.8.1998.

¹⁸ Der Oberkommandierende der Kollektiven Friedenstiftenden Truppen der GUS (KFT), Generalleutnant Nikolaj Pugatschew, zugleich Befehlshaber der 201. Russischen Infanteriedivision, erklärte in einem Interview (17.8.1998) mit dem Autor: "Laut meinem Befehl muß ich neutral bleiben. Meine wichtigste Aufgabe besteht darin, ein erneutes Aufflammen der Kämpfe zu verhindern." Mitgliedstaaten der GUS hatten am 24. September 1993 beschlossen, die KFT zu gründen. Ihr Mandat wird regelmäßig verlängert. Die Truppen stellen Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan. Nach Angaben der Moskauer Presse ist die Streitmacht bis zu 25.000 Mann stark.

gewichtige Elemente der Machteliten es im vorrangigen Interesse Moskaus, seine Militärpräsenz in Tadschikistan dauerhaft zu festigen. Die Frage nach dem jeweiligen tadschikischen Machthaber ist in diesem Zusammenhang eher von sekundärer Bedeutung.¹⁹ Der Direktor der Föderalen Grenzschutztruppen, Generaloberst Bordjuscha, erklärte vor diesem Hintergrund in Duschabe, die Regierung müsse ihre Probleme mit der VTO selbst lösen.²⁰ Unerwähnt blieb, wie lange sich Rußland den Aufenthalt seiner Truppen in Tadschikistan noch leisten kann. Allerdings ist ohne die Präsenz russischer Soldaten der Tag abzusehen, an dem auch diese zentralasiatische Republik der russischen Einflußsphäre entgleiten wird. Die USA und die Europäische Union plädieren für einen Rückzug der Russen aus der Region, während die Regierenden in Duschanbe keine andere Wahl haben als Rußland die Treue zu halten.

Der Faktor Usbekistan

Bevor die Taliban einen zusätzlichen Grund für die russische Militärpräsenz in Tadschikistan lieferten, war deren Anwesenheit bereits erforderlich als Sicherheitsgarantie gegenüber den Ambitionen Usbekistans. Außenpolitisch stellte Usbekistan für die Regierenden in Duschanbe eine Herausforderung dar, da sich Taschkent bis 1997 weigerte, auch nur diplomatische Beziehungen zur Nachbarrepublik aufzunehmen und eine Botschaft in der tadschikischen Hauptstadt zu eröffnen. Hatte die usbekische Führung in früheren Jahren Präsident Rachmonow wegen seiner prorussischen Haltung ignoriert,²¹ so variierte sie in diesem Jahr ihre Strategie: Präsident Islam Karimow initiierte im Frühjahr 1998 ein Dreierbündnis zwischen Rußland, Usbekistan und Tadschikistan. Als Primärziel wurde der gemeinsame Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus ausgegeben. Gleichzeitig konnte Karimow seine russischen Verhandlungspartner davon überzeugen, die Waffenlieferungen an General Dostum zu verstärken. Eine Fehlinvestition, denn durch den Verrat einiger Gouverneure und Kommandeure der Nordallianz sowie aufgrund einer massiven militärischen Unterstützung der Taliban durch Pakistan konnten diese Masar-i Scharif dennoch besetzen und damit die geopolitische Lage in der Region verändern.²² Unterstützung hatten die Taliban auch von Turkmenistan erfahren, das Benzin und Diesel für ihr Kriegsgerät lieferte. Aschchabad zeigte sich an einem Sieg der Taliban interessiert, um zusammen mit amerikanisch-saudischen Ölkonzernen eine Pipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan zu bauen. Noch vor einem Jahr hatte auch Usbekistan sein Interesse am Bau dieser Pipeline signalisiert,²³ die die Abhängigkeit Zentralasiens von den russischen Transitwegen hätte minimieren können. Zu diesem Zweck hatte Usbekistan nach neuen Verbündeten gesucht, die es bei den Taliban gefunden zu haben glaubte. Nachdem die Taliban jedoch 1997 Masar-i Scharif zum ersten Mal besetzt hatten, machten sie sich daran – entgegen der Abmachung –, den Usbeken ihre Waffen abzunehmen und die üblichen Repressalien auszuüben. Nach dieser Erfahrung wurde der usbekischen Führung klar, daß der islamische Fundamentalismus nicht nur eine Bedrohung für Tadschikistan darstellt.²⁴

¹⁹ Von daher wird auch verständlich, warum sich die russischen Truppen nicht einmischten, als sich im Mai 1998 eine bewaffnete Gruppe der Opposition in Duschanbe gegen die Regierung stellte. Eine ähnliche Zurückhaltung hatte die 201. Infanteriedivision bereits beim Putsch von Oberst Machmud Chudoberdijew im August 1997 an den Tag gelegt, als dieser Präsident Rachmonow wegen seiner angeblichen Bereitschaft, mit den Islamisten Kompromisse einzugehen, stürzen wollte.

²⁰ Pressekonferenz in Duschanbe am 19.8.1998.

²¹ Gleichwohl hatten usbekische Einheiten Präsident Rachmonow zweimal im Krieg gegen die islamistische Opposition beigestanden.

²² So Ahmed Schah Massud in einem Interview mit dem Autor, in: General Anzeiger, Bonn, 6.10.1998.

²³ Islam Karimow: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Düsseldorf 1997, S. 35.

²⁴ Einige Autoren sind der Meinung, daß die Regierung in Taschkent unter dem Vorwand der Bekämpfung der Fundamentalisten in Wirklichkeit die Unterdrückung der politischen Opposition betreibt. N. Mitrochin: Sovremennyyj Uzbekistan, in: Russkaja mysl', Nr. 4241, 15.-21.10.1998, S. 8-9; Igor' Rotar': Diktatura ili islam, in: Sodruzestvo NG (Beilage zur Nezavisimaja gazeta), Moskau 1998, Nr. 6, S. 2.

Allerdings ist Taschkent weiterhin bestrebt, die tadschikische Politik zu beeinflussen. So versucht Karimow, den ehemaligen Ministerpräsidenten Abdulodschanow in Duschanbe an die Macht zu bringen. Von Usbekistan aus wird Abdulodschanow als "Dritte Kraft" ins Rennen geschickt, ohne die Frieden in Tadschikistan angeblich nicht zu haben sei. Um diesem Argument Nachdruck zu verleihen, ließ Karimow usbekische Einheiten unter Führung des Putschisten Oberst Chudoberdijew am 3. November 1998 in Nordtadschikistan in Chodschent (im Bezirk Leninabad) einmarschieren. Er fordert die Bildung eines neuen Staatsrats und die Beteiligung von Abdulodschanow an der Regierung. Die russischen Truppen, die laut Friedensabkommen die Stabilität Tadschikistans garantieren sollen, erklärten vorsorglich ihre Neutralität gegenüber diesem Angreifer.

Tadschikistan als wichtigstes Transitland für Herointransporte nach Europa

Aufgrund eines tadschikischen "Hilfsgesuchs" hatte sich Rußland bereit erklärt, den Grenzschutz der zentralasiatischen Republik zu übernehmen.²⁵ Neben den religiös und machtpolitisch bedingten Konfliktfeldern befindet sich Tadschikistan zusätzlich in einem offenen Krieg gegen die Drogenmafia. In den letzten fünf Jahren beschlagnahmten die Grenzschützer 7,5 t Rauschgift, ein Bruchteil dessen, was tatsächlich über die Grenze geschmuggelt wird. Während im tadschikischen Grenzgebiet 1 kg Heroin bis zu 10.000 DM kostet, bezahlt man in Deutschland bereits 200.000 DM. Von den Grenzschützern beschlagnahmte Chemikalien lassen darauf schließen, daß die Drogenbarone die Heroinproduktion auch in Tadschikistan aufnehmen wollen. Besonders aktiv beteiligen sich die "Warlords" am Drogengeschäft. Eine Befriedung der Grenzregion oder gar eine friedliche Lösung für Tadschikistan liegt nicht in ihrem Interesse. Da die tadschikische Regierung allein den international operierenden Drogenringen wenig entgegenzusetzen hätte, ist sie schon aus diesem Grund dankbar für die Präsenz der russischen Grenzschutztruppen. Nichtsdestoweniger hat sich die Drogenmafia längst zu dem einflußreichsten innenpolitischen Machtfaktor in Tadschikistan entwickelt und die internationale Staatengemeinschaft wäre gut beraten, bereits heute, bevor die organisierte Kriminalität die Macht endgültig übernimmt, Duschanbe bei ihrer Bekämpfung zu helfen.

Aschot Manutscharjan

Der Autor ist als freier Publizist tätig und nimmt einen Lehrauftrag am Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn, wahr.

Redaktion: Astrid von Borcke

²⁵ Am 19. Oktober 1992 wurde aufgrund eines Erlasses von Präsident Jelzin die "Gruppe der Grenzschutztruppen der Russischen Föderation in Tadschikistan" gebildet. Im Mai 1993 unterzeichneten Moskau und Duschanbe ein Abkommen über den Sonderstatus der Grenzschutztruppen. Danach übernahm Rußland die Überwachung der tadschikischen Grenzen zu Afghanistan und zu China.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>